



öffentlich

Betreff:

Sicherheitskonzept für den ÖPNV

Erstellungsdatum 16.04.2002

Eingang 02:

Einreicher: PDS-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
08.05.2002	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Sicherheitskonzept für den Öffentlichen Personennahverkehr in der Landeshauptstadt Potsdam vorzulegen. Gemeinsam mit den Sicherheits- und Ordnungsbehörden, den Verkehrsunternehmen und der Sicherheitskonferenz, den Fahrgastverbänden und Vertretern der Stadtverordnetenversammlung ist zu beraten, mit welchen Lösungen die Sicherheit für Fahrgäste und Fahrpersonal erhöht werden kann.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mehrere Ereignisse erschütterten die Potsdamer Bevölkerung in den letzten Monaten. Mehrere Angriffe auf ÖPNV-Nutzer und Straßenbahnfahrer machten Schlagzeilen. Diese Vorfälle schaden dem Image der öffentlichen Nahverkehrsmittel in Potsdam erheblich. Tätliche Angriffe auf Fahrpersonal oder Fahrgäste in Bussen und Bahnen dürfen nicht zu einer täglichen Erscheinung werden. Deshalb ist es angebracht, gemeinsam mit Vertretern aller am ÖPNV Beteiligten (Institutionen, Gruppierungen, Einzelpersonen) zu beraten, mit welchen Maßnahmen die Sicherheit – besonders im Nachtverkehr – erhöht werden kann. Ein abgestimmtes Konzept soll schließlich der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben und ausgeführt werden.